

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger
Abholung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Genehmigung:
„Saale-Ztg.“ gestattet.

Verleger: der Redaktions Nr. 1149;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; bei
Abonnementsabteilung Nr. 1123.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 getanerter Kolonialteile
oder deren Raum mit 80 Pf., welche
aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in
anderen Annahmestellen und allen
Klammern-Erpositionen angenommen.
Retikula die Seite 75 Pf. für Halle,
andereorts 1 Bl.

Ersteicht täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verlag:
Halle, Gr. Braunschweig 17;
Koblenbergerstraße: Markt 24.

Nr. 133.

Halle a. S., Sonntag, den 19. März.

1911.

Japan und Amerika.

(Von unserem #-Mitarbeiter.)

Newport, 18. März. Nicht unähnlich den Erklärungen
des amerikanischen Volksgesichtes und stellvertretenden Ge-
schäftssträgers in Berlin Mr. Laughlin an ein Berliner
Blatt mutet ein Interview an, das der japanische
Marineattaché in Washington, Kapitän zur
See Hiraga, einem Redakteur der „Newport Times“ ge-
währt hat. Auch Kapitän Hiraga gab seiner Ansicht dahin
Ausdruck, daß ein Krieg zwischen Japan und den
Vereinigten Staaten „eine Unmöglichkeit“
sei. Der japanische Flagg-Offizier hat dann mit Nachdruck
die Schwierigkeiten erörtert, die der Seetransport
eines Landungsheeres über die 5733 See-
meilen weite Strecke zwischen Tokio und San Francisco
hätten müsse und dabei eine Reihe von Erinnerungen aus
dem Pazifik gegen Ausplaudern, monach selbst
die Truppentransporte auf die kurze Strecke Nippon-Korea
erhebliche Unzulänglichkeiten gezeigt haben sollen. Mit
dem amerikanischen Kongreßmitglied und früheren Flotten-
ingenieur Hobson, der fortgesetzt recht japanfeindliche Reden
hält, nimmt Kapitän Hiraga überein, daß der Schlüssel zu
den Weststaaten der Union der Besitz von Sawajel, und
daß um diese wichtige Insel und Kolonisation die See-
schlacht von gegnerischen Flottenflotten geschlagen werden
müsse. Auf die Philippinen haben die Japaner ange-
sichts nicht die geringsten Eroberungsabsichten. Formosa
haben ihnen durch zehn Jahre hin schwer zu schaffen gemacht,
und auch die neuen Besitzungen auf dem asiatischen Fest-
land bedürfen noch für lange Zeit der sorgfältigsten Frie-
denspflege.

Für die so betonte große japanische Friedens-
liebe spricht, daß das Volk des Mikado schwer für seine
schnell durchgeführten Aspirationen auf Großstaatsehen
hat zahlen müssen. Gute Kenner der Verhältnisse im fernem
Osten rechnen nach, daß der Lebensunterhalt in
Japan während der letzten fünf Jahre doppelt so teuer
geworden ist, ohne daß die Erwerbsmöglichkeiten in auch nur
annähernd dem gleichen Maße gestiegen sind. Es ist daher
nicht so sehr erstaunlich, daß die Wertschätzung von 1907 bis
1910 um volle 40 Prozent in die Höhe gingen, was wie-
derum direkt auf die seit 1893 veranschlagte Höhe der Steuer-
belastung des Volkes zurückgeführt wird. Das Sprungweise
in der ganzen Entwicklung des modernen Japans ist, wie
man wohl mit Recht behaupten kann, allzu ungesund, und
die baldige Uebernahme überseesischer Verwicklungen und das
Eingehen neuer kriegerischer, auf weiteren Landwerb ab-
zielender Engagements wahrscheinlich zu machen.

Leutenot und ausländische Arbeiter.

41- Zu wachsender Sorge gibt die ständig steigende Zahl
der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter An-
laß. In Preußen ist die Zahl der ausländischen Arbeiter
von 454 000 im Jahre 1905 auf 764 000 im Jahre 1909 ge-
stiegen. Dazu kommen noch 83 048 Ausländer in Elsaß-Loth-
ringen, und das fernere ungefähr 100 000 ausländische Ar-
beiter in den übrigen Bundesstaaten zusammengekommen
geschätzt werden, so wird in Deutschland fast eine Million
ausländischer Arbeiter beschäftigt.

Für Preußen verteilen sich die ausländischen Arbeiter
1909 mit 450 000 auf die Industrie und mit 314 000 auf
die Landwirtschaft. Die Industrie hat „Leutenot“ nur in
den Großbetrieben des Bergbaues und der Hüttenwerke in
Westfalen und in Oberlosthessen, während die landwirtschaft-
lichen Ausländer hauptsächlich auf den großen und größten
Gütern Ostpreußens Verwendung finden. Die kleineren Land-
wirte beschäftigen in der Regel ebensowenig Ausländer, wie
es die kleinen und mittleren Gewerbetriebe tun. Das
zeigt ja auch die Tatsache, daß in den Landesteilen, wo die
Riesenbetriebe in Industrie und Landwirtschaft fehlen, der
ausländische Arbeiter eine seltene Erscheinung ist, während
er in dem Gebiet der Riesensbetriebe formliche Sprachin-
sibelen. Diesen Großen ist der Vorwurf der Inkonse-
quenz zu machen. Gerade sie fordern zum Schutze der
nationalen Arbeit hohe Zölle zur möglichen Abwehr der
Einfuhr ausländischer Waren. Die Arbeiter in ihren Be-
trieben aber finden diesen nationalen Schutz nicht. Die
Riesensbetriebe nehmen ausländische, weit billigere Arbeiter,
so viel sie bekommen können.

Die deutschen Polen wandern westwärts und
werden im Osten unseres Vaterlandes durch russische Polen
und andere fremdländische Slaven ersetzt. Bis Ende der
achtziger Jahre vorigen Jahrhunderts war Westfalen nur
gering wenig slavisch durchsetzt. Jetzt sieht man wahrschein-
lich noch viel daran, daß die Beschäftigten des Ruhr-
bezirkes nur noch zur Hälfte aus Deutschen be-
stehen, während sich die andere Hälfte aus Ausländern
und aus der Zuwanderung aus den östlichen Provinzen zu-
sammensetzt. Schon 1907 waren 105 128 deutschpolnische und

25 748 ausländische Arbeiter im Ruhrbergbau beschäftigt,
also 42 v. H. der ganzen Belegschaft war slawischer Abstam-
mung. So müßt sich der Osten gegen den Westen, die niedere
Kultur überläßt die höhere und drückt sie nach unten.

An dieser, das platte Land im Osten entvölkern-
den Volksverschiebung, unter der die Landwirtschaft schwer leidet,
denn in ihr liegt auch die Leutenot verhäuft, die besonders
hart die kleinen und mittleren Landwirte drückt, ist zu
einem guten Teil die künstliche Verteuerung der
Lebensmittel schuld. Die Preissteigerung der Lebens-
mittel nötigte die Erzeuger in den Städten und In-
dustriebezirken, eine Erhöhung der Löhne vorzunehmen.
Und immer wieder wurden Lohnserhöhungen nötig, um
während den schwierigen Lebenszeiten und dem Einkommen
den gehörigen Ausgleich herbeizuführen. Von der Art ihrer
Ernährung hängt eben die Leistungsfähigkeit der Arbeiter
in hohem Maße ab.

Auf dem Lande verdienen der Arbeiter neben seinem
Deputat nur einen geringen Barlohn. Der scheinbar hohe
Lohn in den größeren Städten und Industriezentren bildet
daher für ihn den Hauptanreiz, in die Gebiete dieser „hohen
Löhne“ abzumwandern. Das nationale Interesse an einer
ausreichend dichten Besiedlung des platten Landes mußte ge-
pfebert werden den Interessen der vorwiegend Körnerbau
betreibenden Großlandwirtschaft. So ist es gekommen, daß
der kleine und mittlere Landwirt, der an einer guten Ver-
sicherung seiner Existenz interessiert ist, diese nicht rationell betreiben
kann, weil ihm die Leute fehlen zu einer intensiven Boden-
und Viehwirtschaft. Deshalb kann der Landwirt bei weitem
nicht so viel Fleisch, Milch, Butter, Käse, Gemüse und Obst
auf den Markt bringen, wie es ihm möglich wäre bei einer
ausreichenden Zahl tüchtiger Arbeitskräfte. Die Abwan-
derung von Lande hat natürlich wie die Preissteigerung noch
eine Reihe anderer Gründe. Zwei von ihnen verdienen
herausgehoben zu werden. Der eine Grund liegt darin,
daß die Großlandwirtschaft ein Saisongewerbe geworden ist.
Zur Feldbestellung und zur Ernte werden große Massen
von Arbeitskräften gebraucht, die aber nicht durch das ganze
Jahr beschäftigt werden können. Das Klappergeld der
Drescher, das früher über Winter aus den Tennen erklang,
ist verschwunden. Jetzt nehmen Maschinen den Drusch gleich
auf dem Felde vor. Der Bau und die Verarbeitung z. B. der
Zuckerrüben erfordert auch nur für kurze Zeitperioden
ein Massenaufgebot von Arbeitskräften. Wie sollen sich da
diese Massen, die nicht auf eigenem Boden sesshaft sind,
örtlich halten lassen. In der bäuerlichen Wirtschaft ist auch
jetzt noch das ganze Jahr zu tun. Die indes durch die Zoll-
politik vielfach verstärkte Steigerung der Bodenpreise er-
schwert die Schaffung von Arbeiterfamilien auf dem
Lande. Der andere für die Abwanderung wichtige Grund
liegt in der rechtlich ungünstigen Stellung der landwirt-
schaftlichen Arbeiter, insbesondere soweit sie zum Gehirne ge-
hören. Warum zögert man mit einer Modernisierung von
Gesetz und Recht für das platte Land? Auch der Arbeiter
auf dem Lande fühlt, daß er ein Mensch ist. Und der Mensch des 20. Jahrhunderts will nicht in geistiger
Knechtschaft gehalten sein.

Eine liberale Gesetzgebung hat die Bauern aus der
Leibeigenschaft erlöst, und das war ein Segen für die Land-
wirtschaft. Man ziehe daraus die rechte Analogie und
auch für die unsteinigen Bewohner des Landes, auf daß sie zum
Segen für die Landwirtschaft stetig werden.

Deutscher Reichstag.

151. Sitzung vom Sonnabend, 18. März, 11 Uhr.

Der Etat des Reichsausschusses des Innern.

Zum Kapitel „Kaiserliches Gesundheitsamt“ beantragt die
Budgetkommission eine Resolution, die den Reichsausschuss ersucht,
die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, begm. die Er-
forschung ihrer Ursachen von Reichswegen zu fördern und hierfür
im Bedarfsfalle Mittel anzufordern. Eine Zentrumsresolution
verlangt eine Verringerung des Schlachtviehs und Fleischbesuch-
gesetzes auf Gebührentreue und Uebernahme der amtlichen
Untersuchungskosten auf die Bundesstaaten. Eine weitere Reso-
lution des Zentrums ersucht um eine Viehschutznovelle, durch
die die Entschädigungspflicht des Staates ausgedehnt wird auf
Viehschiffe, welche durch Maul- und Klauenseuche und deren
Folgen herbeigeführt werden.

× **Abg. Hammer (Ztr.)** begründet diese Resolution aus
dem Interesse der bayerischen Viehhändler und der Volks-
ernährung.

× **Abg. Graf Kanitz (kon.)** spricht gleichfalls für diese Reso-
lution. Das Abgeordnetenhaus hat eine Resolution beschlossen,
monach die Entschädigung aus Provinzialfonds erfolgen soll und
nur da, wo die Erziehung des Viehschiffes in Frage steht; aber das
genügt nicht. Natürlich darf nicht voll entschädigt werden, da sonst
die Sorgfalt des Viehschiffes nachläßt, aber es muß entschädigt wer-
den, schon, damit die Seuche nicht verheerlich wird.

× **Abg. Fiebig (Soz.)** spricht über die Tuberkulose. Die
Angaben über die Zahl der jährlichen Erkrankungen schwanken
zwischen 600 000 und 1 300 000 und in dem Milliardenetat findet
sich zur Bekämpfung dieser schlimmen aller Seuchen nur ein
Titel von 100 000 Mark, wovon 60 000 Mark der Zentralstelle
zur Bekämpfung der Tuberkulose gegeben werden. Vor allem

kommt es auf die Propaganda an, und da ist von großer Wichtig-
keit die Kontrolle der Arbeitsräume, denn die Tuberkulose ist zum
größten Teile eine Gewerke- und Berufskrankheit. Der Arbeiter er-
leidet besonders die Verfallung in den Glasfabriken und den
Porzellanfabriken und wirft dem Reichsamt des Innern vor, die
Gewerbeaufsichtsbeamten möglicher Zurückhaltung angeklagt zu
haben.

× **Staatssekretär Delbrück:** Eine solche Anordnung ist wieder
im Reich, noch in Preußen ergangen. Wir sind dabei, Vorschriften
zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Mierkrankheiten zu er-
lassen. Das Reichsgesundheitsamt arbeitet mit dem Zentral-
komitee für die Bekämpfung der Tuberkulose Hand in Hand.
Wenn in irgend einem Lande die Tuberkulosebekämpfung erfolg-
reich gewesen ist, so ist es bei uns. Der Staatssekretär macht
zahlenmäßige Angaben, monach im Jahr 1909—1907 die Zahl
der Todesfälle an Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen
Reiches von 214 auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zu-
rückgegangen ist. Die Tendenz ist auch weiterhin dieselbe geblieben,
und in den besonderen Tuberkulosebezirken ist das Verhältnis noch
viel günstiger. Wenn wir auf irgend einem Gebiete mit Be-
triebung auf das zurückzuführen können, was mit hygienisch ge-
eignet haben, so ist es das Gebot der Tuberkulose.

× **Abg. Neuner (Nf.)** fragt nach dem Stande der reichsgesell-
schaftlichen Regelung des Apothekenwesens und wendet sich gegen eine
von der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragte Resolution, die
einen gesetzlichen Schutz der Biennenzucht gegen Falschtrieb
dieser Resolution gebe zu weit.

× **Staatssekretär Delbrück:** Ich will jetzt gleich eine Er-
klärung über das Schicksal des Apothekengesetzes geben. Ich bin
zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig ist, den verbünde-
nen Regierungen zu empfehlen, auf die Regelung der Apotheken-
verhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung zu verzichten. (Hört,
hört!) Nach eingehendem Studium bin ich nicht in der Lage, ein
Gesetz vorzuschlagen, für das ich die Verantwortung übernehmen
und zum Hause die Annahme erwarten könnte. Ich hielt es für
richtig, durch die Erklärung jetzt der Unklarheit ein Ende zu
machen und der Landesgesetzgebung die Möglichkeit zu geben,
hierüber einzutreten und den besonderen Verhältnissen Rechnung
zu tragen. Bei der Frage der Uebernahme des Gesetzes ist
jeweils um eine Sache, die das Reich nicht übernehmen kann.
Zur Resolution über die Maul- und Klauenseuche bin ich heim-
lich Willen nicht in der Lage, Stellung zu nehmen. Ein Ge-
setzgebung über die Falschtrieb der Biennen ist ausgearbeitet. Die
Ausführungsbestimmungen zum Viehschutzgesetz liegen zurzeit
den Interessenten vor und werden in nicht allzu langer
Zeit an den Bundesrat gegeben können.

× **Abg. Dr. Mugdan (Rp.)** Mit großer Freude haben wir die
Erklärung des Staatssekretärs, daß die verbündeten Regierungen
von einer in Reichsapothekengesetzgebung eubgügliche Arbeit
abgenommen haben, nicht gebört. Die Jahre sind nutzlos ver-
gangen, die Einzelstaaten haben überhaupt nichts getan, um die
Materie auch nur einigermaßen in Ordnung zu bringen. Die Ver-
hältnisse der Apotheken sind unerträglich geblieben. Die Ab-
fassung ist um so bedauerlicher, weil ich nicht glaube, daß die
Einzelstaaten je nach vorsetzen werden. Der Zentrumsreso-
lution, die die Uebernahme des Gesetzes anmahnt, stimmen wir
nicht zu. Viele Leute wissen gar nicht, in welchem Umfange Maul-
und Klauenseuche vorkommt; z. B. bei der Probaktion von Füll-
und Zylinderhüten und Spielmannen. Der Arbeiter weiß dann darauf
hin, daß eine große Fleischnot, wie sie noch nie da war, für die
nächsten Jahre in Aussicht steht. (Hört, hört!) Die Regierung
soll bei Zeiten ihre Maßnahmen treffen!

× **Staatssekretär Delbrück:** Herr Mugdan hat sich darüber
beleggt, daß das Apothekengesetz nicht kommt. Wir tüten gut,
nächst das zahlreiche vorhandene Material aufzubereiten, statt nach
neuen Vorlagen zu verlangen. (Beifall.) Zu seiner weiteren
Berichtigung will ich ihm mitteilen, daß wenn in meinem Amt
Gesetzesschleicherungen eingetreten sind, wir Erhebungen ver-
anlassen werden. Es schweben darüber Korrespondenzen mit den
Bundesstaaten.

× **Abg. Gaebel (wirtsch. Vgg.)** begründet die Resolution seiner
Partei um baldige Vorlegung eines Entwurfs zum Schutze
der Biennenzucht gegen Falschtrieb.

× **Abg. Dr. Fiebig (kon.)** Schon im vorigen Jahre spielte
man mit der Frage der Grenzfinanzierung, ohne sich ihrer großen
Reichweite bewußt zu sein. Einzelne Bundesstaaten haben sogar
nach und nach französische Viehschiffe ins Land. Dabei
durfte man nie sicher sein, ob nicht im Auslande Maul- und Klau-
enseuche herrscht. Angehüllt soll Frankreich sein, weil dort die Maul-
und Klauenseuche herrscht. (Hört, hört! rechts.) Durch die Ein-
fuhr fremden Viehs sind die Preise nicht gesunken. Das
erkennen auch liberale Zeitungen an. Wir fordern den Reichs-
auschuss dringend auf, die ganze Frage recht sorgfältig zu erwägen
und sich nicht einzulassen auf das Geschrei der Presse, auf
die Resolutionen von Verammlungen. (Oben links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück.

Die Durchführung des Viehschutzgesetzes liegt in der Hand
der Bundesregierungen. Der Reichsausschuss kann in der Aus-
übung seines Aufsichtrechts nur soweit gehen, als er Anforderungen
nur mit einer veterinär-polizeilichen Begründung stellen kann.
Allgemeine Zweckmäßigkeitsgründe reichen nicht aus. Die Fälle,
in denen im vorigen Herbst von einzelnen Bundesstaaten die Ein-
führung von französischen Viehschiffen unter sehr un-
sicheren Vorbedingungen gestattet wurde, zeigen so, daß nach
dem Urteil aller Sachverständigen veterinär-polizeiliche Bedenken
gegen die Einführung nicht geltend gemacht werden konnten. Es
wäre also sachlich nicht gerechtfertigt gewesen, wenn trotzdem der
Reichsausschuss den Bundesregierungen geordert hätte, daß sie
ihre Grenzen nach wie vor geschlossen zu halten hätten. Selbst-
verständlich wurde die Forderung gestellt, daß sofort die Grenzen
geschlossen werden müßten, sobald der Seuchenzustand in Frank-

reich zu irgend welchen Bedenken Veranlassung geben sollte. Das ist von den betreffenden Regierungen prompt geschehen, zum Teil schon ehe sie keine Aufforderung überhaupt erteilt hatte. Nun hat der Abg. Dr. Knoke der Meinung Ausdruck gegeben, daß die betreffenden Verfügungen der Bundesregierungen zu einer Zeit ergangen seien, als Frankreich bereits wieder verheert war. Er hat daran erinnert, daß er schon bei den Verhandlungen hierüber im November im Reichstag eine Depesche vorgelegt hat, nach der in Frankreich die Maul- und Klauenseuche wieder ausgebrochen war. Demgegenüber muß ich feststellen, daß diese Depesche auf einer unrichtigen Meldung beruhte und daß es sich damals nicht um Maul- und Klauenseuche gehandelt hat. (Hört, hört! links.) Dr. Knoke hat weiter die Vermutung ausgesprochen, daß wir uns bei den veterinär-polizeilichen Maßnahmen lediglich auf die ziemlich spät eintraffenden amtlichen Mitteilungen des Auslandes stützen. Auch das trifft nicht zu. Unsere Konsuln im Auslande sind angewiesen, jeden Fall des Auftretens einer Seuche sofort telegraphisch zu melden. Das muß jetzt gegenüber dem Vorwurf, der aus den Worten Dr. Knoke's herauszuliegen war, daß der Reichstagler und ich das Seuchengesetz lag gehandelt haben. Ich stelle demgegenüber ausdrücklich fest, daß wir alles getan haben, wozu wir verpflichtet waren. Was die gegenwärtige Seuche angeht, so hat die eingehend geführte Untersuchung jeden Anhalt dafür vermissen lassen, daß die Seuche aus dem Auslande eingeschleppt sei. (Hört, hört! links.) Das Untersuchungs der Sachverständigen geht dahin, daß diese Seuche entstanden ist durch Basillen, die die Tiere seit der letzten längst erfolgten Seuche mit sich herumgetragen haben und die jetzt zum Ausbruch gekommen sind. Diese letzte Seuche ist nach meinen Informationen aus A u s l a n d e eingeschleppt worden, also aus dem Lande, gegenüber dem die strengsten Sperroberprüfungen bestehen, die mit aller Gründlichkeit gehandhabt werden. (Hört, hört! links.) Dr. Knoke hat darauf hingewiesen, zu welchen bedenklichen Konsequenzen der Ausbruch einer solchen Seuche in Bezug auf unsere gesamte Landbevölkerung führen muß. Er hat angedeutet, eine K o n t r e n g nach dem Reichsamt des Innern einzuführen, die darüber beraten soll, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die ihmernen Hindernisse zu beseitigen, die sich aus einer solchen Durchdringung der Mäperrandregeln ergeben. Ich bin selbstverständlich bereit, eine solche Konferenz einzuberufen. Aber ich weisse darauf hin, daß Freuen und Anhalt bereits Anordnungen erlassen haben, die alles das bestimmen, was Dr. Knoke will. Warten wir doch erst einmal ab, was hierbei heraus kommt. Meistlich reißt das Vorgehen Preußens schon aus, und wir brauchen das Reich nicht mehr in Bewegung zu setzen. Selbstverständlich nehme ich mich der Sache an und werde das Material der Bundesstaaten eingehend prüfen. Die Tötung verheerter Tiere und die Entschädigung der davon betroffenen Landwirte erfolgt schon heute. Sie sehen, daß die verbündeten Regierungen alles tun, um der zweifellos bedrohlichen Lage, in die unser Viehstand durch die Ausbreitung dieser Seuche geraten ist, nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. (Beifall.)

× Abg. Helmman-Wiesbaden (Soz.): Nach der Argumentation des Staatssekretärs ist die Grenzsperrung überhaupt nicht gerechtfertigt. Er sagt ja selbst, daß aus den verheereten Gebieten Frankreichs kein Vieh nach Deutschland gebracht wurde. Wenn wir uns in Süddeutschland beschleunigen können, so kann sich die Viehverbreitung nur gegen Norddeutschland richten, weil nur von dort verheerendes Vieh nach dem Süden eingeführt wurde. Ich bedauere es lebhaft, daß dem A p o s t r o p h e r nicht gehindert werden soll. Dem Viehtransport wird man am besten durch Beschäftigung der Erntearbeiter zu Leibe gehen, nicht aber dadurch, daß man erst die ausgebrochene Krankheit zu heilen sucht.

× Abg. Graf v. Dreyerhoff (Soz.): Die Erfahrungen der Schulärzte sollten gesammelt und wissenschaftlich verwertet werden. Besonders die Frage der Unterernährung sollte untersucht werden. Der Frage der Weiervergiftungen müßte der Bundesrat seine erste Aufmerksamkeit zuwenden. Eine strenge Grenzsperrung gegen Seucheneinführung können wir nicht verhindern. Nur darf man in der Rigorosität nicht zu weit gehen. Sehr richtig wäre es, die Schutzimpfung allgemein durchzuführen, die sich zu bewähren scheint.

× Sachlicher Bundesratsbevollmächtigter Dr. Halbauer: Ich erkläre gegenüber einer sozialdemokratischen Behauptung: Ich muß mit aller Energie der Behauptung entgegen treten, als ob die kaiserliche Regierung die Mitwirkung der Gemeindefürsorge bei der Bekämpfung der Seuche nicht in der Hand abgelegt hat. Im Gegenteil, sie hat eine objektive Seucheneinführung ermöglicht, bei der allerdings auch die Maßnahmen hervortreten sollten.

× Abg. Sommer (Sp.) wendet sich gegen die strenge Handhabung der Vorschriften über die Viehvergiftungen. Die Zudrücke werde dadurch zugunsten des Auslandes gehindert. × Präsident des Reichsgesundheitsamts Summ: Wir haben bisher auf Grund eingehender Untersuchungen den Standpunkt vertreten, daß eine Viehseuche, die über zehn Prozent Vieh entfällt, die Gesundheitsgefahr darstellt. Daran halten wir unbedingt fest. Eine Statistik über die Tätigkeit der Seuchärzte wurde verfertigt. Die öffentlichen Studien über die Maul- und Klauenseuche werden fortgesetzt.

× Abg. Wankenheim (nrl.) bezieht sich auf die Handhabung des Weingesezes. Die bestellten Reife sind jetzt in der Hauptphase aufzuweisen. Der Reiner müßte einen Schutz des Schwarzwälders, Risikofaktors, in gleicher Weise wie das Weingesez den Roggen schützt, und fragt in seinen weiteren Ausführungen nach dem Nahrungsmittel-Kontrollgesetz.

× Geheimrat v. Stein verweist auf die Schwierigkeiten. Die Verhandlungen zwischen schon fast Jahren und so ist es noch nicht abzusehen, wann der Geheimvertrag fertiggestellt werden kann.

× Abg. West-Caallheim (nrl. Bgg.) fragt über die Einfuhr französischer Viehs nach Württemberg, wodurch die Seuche eingeschleppt sei.

× Württembergischer Bevollmächtigter Dr. A. Köhler: Von Seiten unserer Regierung ist alles geschehen, um einen Seuchenausbruch zu verhindern.

Ein Schlußantrag zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wird angenommen. Abg. Jäger (Sp.) bedauert, durch den Schlußantrag an dem Reichsgesetz verfehrt zu sein, daß die Initiative zur Entschädigung der durch die Maul- und Klauenseuche betroffenen Landwirte von seinen Freunden ausgegangen ist.

Alle Resolutionen zum Reichsgesundheitsamt werden angenommen. Mit dem Kapitel „Patentamt“ wird verbunden die erste Lesung des Gesetzes über den Patentausschreibungszwang.

× Abg. Dore (Sp.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu, bitten aber um Kommissionsberatung. Der Ausführgesetz soll nach dem Entwurf für die Regel durch den Eigenzweig erlegt werden.

× Abg. Dr. Zund (nrl.) spricht über das Erfindungsrecht der

Angeklagten, bleibt aber wie immer auf der Journalistentribüne unverändert, da er vom Plaque aus spricht und ihr den Rücken zuwendet.

× Abg. Dr. Pfeiffer (Ztl.): Der Entwurf ist nur eine Abschlagszahlung. Die Generalrevision des Patentgesetzes muß bald dem neuen Reichstag vorgelegt werden.

× Abg. Sed (Soz.): Die Angeklagten kommen sehr schlecht weg.

Die Patentnovelle gegen eine Kommission von vierzehn Mitgliedern. Bei dem Kapitel „Reichsverkehrsamt“ will der Präsident auch die Geheimhaltung über den Hinterbühnenfonds und Reichs- und Landesfonds zur Beratung stellen. Die Abg. Dr. M u g d a n (Sp.) und B o g t (Soz.) widersprechen und als der Präsident das Haus verläßt, will zweifelt Abg. H o c h die Beschlußfähigkeit an. Es sind nur 50 Mitglieder im Hause. Da nunmehr der Präsident seinen Vorstoß zurückzieht, hat auch der Abgeordnete H o c h keinen Zweifel mehr.

× Abg. Casse (Soz.) spricht über Rentenbesätze, Ministerialdirektor Caspar erwidert. Darauf wird noch mehr als siebenstündiger Sitzung durch eine Mehrheit des Tugend Abgeordneter auf der linken Beratung erzwungen.

Montag 2 Uhr Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung von Sonnabend, 18. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Dr. Denge.

Der Etat des Ministeriums des Inneren wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die erste und zweite Lesung des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesundheitsgesetz.

× Abg. Wang (Ztl.) hält das Gesetz im allgemeinen für gut, treffend, hat aber Bedenken, daß in gewissen Fällen Einzelpersonen über die Veranlagung zu entscheiden haben.

× Minister v. Dallwitz: In der Rheinprovinz und in Westfalen ist allerdings der Landbürgermeister bezw. Amtmännern die Entscheidung über die Veranlagung übertragen. Diese sind aber mit den Verhältnissen der Gemeinden am besten vertraut. Durch Einführung des ordentlichen Richterwesens würden den Interessenten und den Gemeinden außerordentlich hohe Kosten entstehen. Auch verfiel das Oberverwaltungsgericht über eine eingehendere Kenntnis über die einschlägige Materie als die ordentlichen Gerichte.

× Abg. Graf v. Cames-Corviat (kon.): Viele Prozesse werden wegen der Schwierigkeit der Materie entstehen. Darum wäre es wünschenswert, wenn sich möglichst schnell eine konstante Praxis in der Rechtsprechung herausbildet.

× Abg. v. B e w i s (f.) hebt hervor, daß die Erhebungsstellen, die der Staat für das Reich übernimmt, in die Millionen gehen.

× Finanzminister Dr. Denge betont, daß der Staat erhebliche Kosten hier zu tragen habe und beschloß auf die ihm stehenden 10 Proz. nicht verzichten könne.

× Abg. Wüstermann (Sp.) regt an, die Veranlagung der Steuer der Einkommensteuerveranlagungskommission zu übertragen. Ueber das Budgetrecht der Gemeinden soll in erster Instanz der Bezirksausschuß, nicht der Kreisausschuß entscheiden. Der Landesrat soll durch die Steuerfreiheit keine Ausnahmestellung einnehmen.

× Abg. Dr. Durrath (nrl.): Nach den Ausführungen des Ministers besteht keine Aussicht auf Änderung der Bestimmungen über die Veranlagung.

× Abg. Hirsch (Soz.) wendet sich gegen die Steuerfreiheit des Landesfürsten. — Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Die zweite Lesung des Finanzgesetzes wird mit der allgemeinen Ausdrücke beim „Ministerratsgesetz“ fortgesetzt.

× Abg. Dr. Schröder-Cassel (nrl.): Die Finanzlage Preußens ist glänzend und unsere Staatspapiere sind beinahe die besten. Den Sparmaßnahmen die Verpflichtung aufzuweisen, in gewissem Prozentfuß Staatspapiere anzukaufen, ist bedenklich. Eine Beschäftigung der Industriearbeiter durch nicht stattfindend. Mit Prüfung der e g o t i s c h e n P a p i e r e würde sich die Zulassungstelle eine unerträgliche Verantwortlichkeit aufladen. Auch die K r e d i t g e s e l l s c h a f t e n dürfen nicht gebunden werden, ihre Reservende in Staatspapieren anzulegen. Von den zweimonatlichen der großen Banken verstanden wir uns nicht alles viel. Die Frage der A l t e n s i o n ä r e muß gesetzlich geregelt werden. Die Deflation der Orte bei Festlegung des Wohnungsgeldzuschusses hat unter den Beamten eine große Erbitterung hervorgerufen.

× Abg. Holenow (Sp.): Künstliche Mittel zur Lösung des Kurzes der Staatspapiere sind nicht empfehlenswert. Die Sparfallen sollen nicht angefallen werden, ihre Gelber in gewissen Umfang in Staatspapieren anzulegen. Die unteren Beamten sind bei der letzten Gehaltserhöhung nicht genügend berücksichtigt worden. Die Frage der Altpensionäre bedarf der Regelung. Der Abg. Vappenheim erklärt, man dürfe das alte Opernhaus an Berlin nicht verkaufen, da man nicht wissen könne, ob die Stadt dieses alte Gebäude zu Zwecken benutze, die der Umgebung auch würdig seien. Darin liegt eine schwere Beleidigung gegen Berlin. Eine solche Ausdrucksweise verbiten wir uns. Nur weil die Konseratooren in Berlin keine politischen Gehälte machen können, haben sie einen solchen Haß gegen Berlin. (Zustimmung links.)

× Abg. Dr. G e h r e (Soz.): Die Finanzverhältnisse bedeuten eine Demoralisierung unserer Bevölkerung.

× Finanzminister Dr. Denge: Die Verbesserung der Finanzen gegen die Deutschen ist viel größer als umgekehrt. Eine gesetzliche Regelung der Frage der A l t e n s i o n ä r e ist nicht möglich. Wir kommen ihnen aber wohlwollend entgegen und werden, wenn der Fonds nicht ausreicht, ihn vergrößern. Eine Finanzierung der defizitären Orte wird nach Prüfung stattfinden. Auf einen erhöhten Zuschuß zum T i e r g a r t e n seitens der Stadt Berlin hat der Staat keinen Rechtsanspruch.

× Abg. Strosfer (kon.) wünscht gesetzliche Regelung der Altpensionäre. Die Wünsche der defizitären Städte sind zu erfüllen. Berlin, das vom Tiergarten große Vorteile hat, sollte den Zuschuß erhöhen, wenn man es auch nicht zwingen kann. Wir haben nichts gegen die liberale Stadtverwaltung, aber die Stadtväter in Berlin sind außerordentlich empfindlich. Das alte Opernhaus muß Staatsgeldern bleiben.

× Abg. Lucas (nrl.): Der Engländer und Franzose hält es für seine nationale Pflicht, sein Geld in heimischen Papieren anzulegen, in Deutschland in die Partei der Antifinanzisten, bei denen ein Verkommen ihrer Staatsbürgerpflichten vorliegt, im Uebereinstimmung. Der Reichstag, daß die Reservende der Altpensionäre in Staatspapieren anzulegen werden sollen, ist nicht empfehlenswert. Die öffentliche Suche nach Zwangsbekommen unserer Staatspapiere sollte endlich aufhören.

× Abg. Dr. Grüger-Sagen (Sp.): Wir brauchen mit dem Stand unserer Staatspapiere nicht unzufrieden zu sein. Man hätte

sich, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den Kursstand unserer Staatspapiere künstlich zu heben. Der Kurs unserer Staatspapiere richtet sich nach ihrem inneren Wert und nach der volkswirtschaftlichen Lage. In einer Zeit, wo man von einer Weltwirtschaftlichen Deutschlands spricht, kann man nicht fordern, daß der inländische Markt sich gegen den ausländischen verhalte. Der Reiner fragt, ob die preussische Staatsregierung mit dem Artikel der Neuen Korrespondenz über die Gilt bringen Folgen der Lösung der Finanzlage in Verbindung liegt.

× Finanzminister Dr. Denge: Wir ist davon nichts bekannt. Was Herr Senkel v. Sommerast (Ztl.): Den Altpensionären soll die Unterstützung ohne weiteres bauend gegeben werden. Abg. Ehlers (Sp.) erklärt sich gegen die Anwendung von künstlichen Mitteln zugunsten der Staatspapiere. Die Rückzahlung der Staatspapieren läßt sich ebenjowenig künstlich erzeugen, wie sonst die Liebe im Leben.

× Abg. Wüstermann (nrl.) befruchtet Aufhebung der Altpensionäre auf gesetzlichem Wege.

Die allgemeine Besprechung schließt. Das Ministerratsamt wird beauftragt.

In der Einzelbesprechung führt × Abg. D e l i u s (Sp.) an: Bei der fortgeschrittenen Zeit kann ich die überaus wichtige Materie der anderweitigen Serviceleistungen einstellung nur ganz kurz behandeln. Im vorigen Jahre war beschlossen worden, nachdem alle Verbesserungsentwürfe des preussischen Wohnungsgeldzuschusses abgelehnt waren, eine Reihe von weiteren Orten wies in eine höhere Klasse zu befördern. Seitens des Bundesrates werden jetzt Ermittlungen angehängt, die aber wiederum kein ermunterndes Bild ergeben können. Bei den bisherigen Ermittlungen war allgemein der Einheitsmehrpens als Grundlage angenommen worden. Jetzt erstreben sich die Ermittlungen nur auf die mittleren Beamten. Die unteren und höheren Beamten werden ausgeschlossen, ebenso die Reichsbeamten. Dadurch wird ein unzutreffendes Bild gewonnen. Es ist klar, daß die Wohnungen der unteren und höheren Beamten im allgemeinen in Preise höher sind als diejenigen der mittleren Beamten. Dadurch wird natürlich eine Heraushebung der Orte in den meisten Fällen wohl kaum nötig sein. Es wird sich deshalb empfehlen, daß der Herr Finanzminister beim Bundesrat einwirft, daß neue, auf anderer Grundlage beruhende Ermittlungen angehängt werden.

× Abg. v. S a h - J a w o s k i (Soz.) kritisiert die Verwendung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, zur Förderung des Deutschen in den „Finanzern“, zur Altpensionäre.

× Abg. v. T i e l (Königliches Opernhaus Berlin) beantragt die Budgetkommission, eine weitere Summe zum Ankauf eines weiteren Grundstücks für den geplanten Neubau des Opernhauses zu bewilligen.

× Abg. A i n g (Ztl.) fragt darüber, daß die Konkurrenz bei Erlangung von Entwürfen für den Neubau des Opernhauses beschränkt wurde. Kon einer allzu großen Opferfreudigkeit der Krone könne keine Rede sein. Das das historische Ensemble der Gebäude um den Schloßplatz bewahrt bleibt, ist unsymmetrisch. Die Stadt Berlin muß aber auch in die Taschen greifen. Das alte Opernhaus kann vielleicht einmal für die Spieloper dienen.

× Finanzminister Dr. Denge: Zunächst muß man wissen, wo das Opernhaus gebaut wird, ehe man die Projekte verfallen läßt. Ueber den allgemeinen deutschen Künstler-Wettbewerb für das Niederpreussische Staatsopernhaus sind aus Künstlerkreisen so viel abfällige Urtheile veröffentlicht worden, daß ich mich überlegen würde, denselben Weg zu beschreiten. Die Leistung der Krone, 3 Millionen, ist doch sehr beachtenswert. In dem neuen Saal wird die Krone jährlich mindestens 1 Million mehr ausgeben haben. Hoffentlich wird wenigstens im neuen Saal auch die minderebemittelte Bevölkerung in die Oper gehen können. Die teuren Plätze sind eine Folge der enormen Kosten der Künstler.

× Abg. R o j e n o w (Sp.): Provinzialstädte haben in den Theatern etwas zu sagen, die sie bauen, wie in Berlin nicht. Gegenüber den Verhältnissen, daß wir einen Einfluß in der Stadt nach großen Zuschuß geltend machen sollten, möchte ich sagen: Majestät überlassen mir. (Beifall.) Wird das alte Opernhaus der Stadt überlassen, dann werden wir es wieder als jenen historischen Standorten Bau herstellen, der es vor der Verunglückung durch die Aufstrebenden gewesen ist.

× Abg. F r e i t s c h (nrl.) bezieht sich alles vor, bis das Projekt des Opernhauses kommt.

Der Rest des Etats mit dem Antrag der Kommission wird angenommen.

Montag 11 Uhr: Etat der Polizeiverwaltung, Ansehungs-, Kommissions-, Polizeiverwaltung. Schluß 6 Uhr.

× Abg. v. S a h - J a w o s k i (Soz.) kritisiert die Verwendung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, zur Förderung des Deutschen in den „Finanzern“, zur Altpensionäre.

× Abg. v. T i e l (Königliches Opernhaus Berlin) beantragt die Budgetkommission, eine weitere Summe zum Ankauf eines weiteren Grundstücks für den geplanten Neubau des Opernhauses zu bewilligen.

× Abg. A i n g (Ztl.) fragt darüber, daß die Konkurrenz bei Erlangung von Entwürfen für den Neubau des Opernhauses beschränkt wurde. Kon einer allzu großen Opferfreudigkeit der Krone könne keine Rede sein. Das das historische Ensemble der Gebäude um den Schloßplatz bewahrt bleibt, ist unsymmetrisch. Die Stadt Berlin muß aber auch in die Taschen greifen. Das alte Opernhaus kann vielleicht einmal für die Spieloper dienen.

× Finanzminister Dr. Denge: Zunächst muß man wissen, wo das Opernhaus gebaut wird, ehe man die Projekte verfallen läßt. Ueber den allgemeinen deutschen Künstler-Wettbewerb für das Niederpreussische Staatsopernhaus sind aus Künstlerkreisen so viel abfällige Urtheile veröffentlicht worden, daß ich mich überlegen würde, denselben Weg zu beschreiten. Die Leistung der Krone, 3 Millionen, ist doch sehr beachtenswert. In dem neuen Saal wird die Krone jährlich mindestens 1 Million mehr ausgeben haben. Hoffentlich wird wenigstens im neuen Saal auch die minderebemittelte Bevölkerung in die Oper gehen können. Die teuren Plätze sind eine Folge der enormen Kosten der Künstler.

× Abg. R o j e n o w (Sp.): Provinzialstädte haben in den Theatern etwas zu sagen, die sie bauen, wie in Berlin nicht. Gegenüber den Verhältnissen, daß wir einen Einfluß in der Stadt nach großen Zuschuß geltend machen sollten, möchte ich sagen: Majestät überlassen mir. (Beifall.) Wird das alte Opernhaus der Stadt überlassen, dann werden wir es wieder als jenen historischen Standorten Bau herstellen, der es vor der Verunglückung durch die Aufstrebenden gewesen ist.

× Abg. F r e i t s c h (nrl.) bezieht sich alles vor, bis das Projekt des Opernhauses kommt.

Der Rest des Etats mit dem Antrag der Kommission wird angenommen.

Montag 11 Uhr: Etat der Polizeiverwaltung, Ansehungs-, Kommissions-, Polizeiverwaltung. Schluß 6 Uhr.

× Abg. v. S a h - J a w o s k i (Soz.) kritisiert die Verwendung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, zur Förderung des Deutschen in den „Finanzern“, zur Altpensionäre.

× Abg. v. T i e l (Königliches Opernhaus Berlin) beantragt die Budgetkommission, eine weitere Summe zum Ankauf eines weiteren Grundstücks für den geplanten Neubau des Opernhauses zu bewilligen.

× Abg. A i n g (Ztl.) fragt darüber, daß die Konkurrenz bei Erlangung von Entwürfen für den Neubau des Opernhauses beschränkt wurde. Kon einer allzu großen Opferfreudigkeit der Krone könne keine Rede sein. Das das historische Ensemble der Gebäude um den Schloßplatz bewahrt bleibt, ist unsymmetrisch. Die Stadt Berlin muß aber auch in die Taschen greifen. Das alte Opernhaus kann vielleicht einmal für die Spieloper dienen.

× Finanzminister Dr. Denge: Zunächst muß man wissen, wo das Opernhaus gebaut wird, ehe man die Projekte verfallen läßt. Ueber den allgemeinen deutschen Künstler-Wettbewerb für das Niederpreussische Staatsopernhaus sind aus Künstlerkreisen so viel abfällige Urtheile veröffentlicht worden, daß ich mich überlegen würde, denselben Weg zu beschreiten. Die Leistung der Krone, 3 Millionen, ist doch sehr beachtenswert. In dem neuen Saal wird die Krone jährlich mindestens 1 Million mehr ausgeben haben. Hoffentlich wird wenigstens im neuen Saal auch die minderebemittelte Bevölkerung in die Oper gehen können. Die teuren Plätze sind eine Folge der enormen Kosten der Künstler.

× Abg. R o j e n o w (Sp.): Provinzialstädte haben in den Theatern etwas zu sagen, die sie bauen, wie in Berlin nicht. Gegenüber den Verhältnissen, daß wir einen Einfluß in der Stadt nach großen Zuschuß geltend machen sollten, möchte ich sagen: Majestät überlassen mir. (Beifall.) Wird das alte Opernhaus der Stadt überlassen, dann werden wir es wieder als jenen historischen Standorten Bau herstellen, der es vor der Verunglückung durch die Aufstrebenden gewesen ist.

× Abg. F r e i t s c h (nrl.) bezieht sich alles vor, bis das Projekt des Opernhauses kommt.

Der Rest des Etats mit dem Antrag der Kommission wird angenommen.

Montag 11 Uhr: Etat der Polizeiverwaltung, Ansehungs-, Kommissions-, Polizeiverwaltung. Schluß 6 Uhr.

× Abg. v. S a h - J a w o s k i (Soz.) kritisiert die Verwendung der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, zur Förderung des Deutschen in den „Finanzern“, zur Altpensionäre.

× Abg. v. T i e l (Königliches Opernhaus Berlin) beantragt die Budgetkommission, eine weitere Summe zum Ankauf eines weiteren Grundstücks für den geplanten Neubau des Opernhauses zu bewilligen.

Technikum Bingen Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau, Brückenbau, Schiffsbau.

Weinhaus Broskowski. Praechtvolle Austern, Kaviar u. Hummer.

Landes zur Selbständigkeit auf lange hinaus in Frage stellen dürfte, hiesse dann nicht den vertriebenen Regierungen zu einem Politik der Gleichheit das Mächtige und die Gabe ist, Absentismus von Unannehmlichkeiten zu unterscheiden, so wird ein Kollektives des Absentismus, das heute möglich ist, nicht durch das Unmögliche, das unannehmlich ist, gefährden können.

Das sollte die aufrichtigste Art der Verfassungsreform interessieren. Die Selbstbestimmung der Regierungen und, anstatt den Regierungen zu überlassen, umgehrt dahin wirken, daß die Parteien in Reichstag, die in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung das Reformwerk zustande bringen wollen, die erforderliche Zurückhaltung in ihren Anträgen nicht erschwert wird.

Heer und Flotte.

Die oberste Waffenbehörde der Fußartillerie.

Ein höherer Offizier schreibt uns: Mit dem bevorstehenden Eintritt des jetzigen Generalinspektors, des Generals der Artillerie o. d. 2. H. ist, verlor die Fußartillerie den Generalen, dem sie zum großen Teil ihren in den letzten Jahren genossenen Aufschwung zu verdanken hat. Die Generalinspektion der Fußartillerie, die oberste Waffenbehörde dieser Truppe, ist am 1. April 1887 ins Leben gerufen worden. Die Fußartillerie ist bis auf den heutigen Tag Spezialwaffe geblieben und kommt in der Ausbildungszeit des Friedensjahres mit den anderen Fußtruppen wenig in Berührung. Das liegt im Charakter der Waffe, die hauptsächlich für den Kampf um Festungen geschaffen ist, und deren größte Bedeutung auch zukünftig im Festungskriege liegen wird. Erst in jüngster Zeit haben Teile der Fußartillerie als „Schwere Artillerie“ Verwendung im Rahmen des Feldheeres gefunden, wo sie bei den Kämpfen um Sperrbefestigungen und um leistungsfähigsten wichtige Dienste leistet. Es ist das Hauptverdienst des seit 1906 an der Spitze der Fußartillerie liegenden Generals v. Dullk, der die zur Überwindung dieser Stellung bedauerlicherweise war und auch die Uniform des Feldartillerie-Regiments Nr. 34 trägt, daß er das von seinem Vorgänger bereits in die Wege geleitete Werk in größtmöglicher Weise weitergeführt, die Fußartillerie aus den bisherigen Beschränkungen des Festungskrieges herausgeholt und ihr mit Teilen eines bedingungslos militärischen in den Kämpfen des Feldkrieges zugewiesen hat. Der Ausbau der heutigen schweren Artillerie in ihrer Besonderestellung, der u. a. in der Quantitätsvermehrung zum Ausdruck kommt, und die Verbreitung der Kenntnisse über diese Waffe sind in der Hauptsache sein Werk. Auf seine Anregungen ist es auch zurückzuführen, daß schwere Handbataillone an offenen Feldschlachten teilnehmen, um dort mit ihrer mächtigen Feuerwirkung die Feldartillerie zu unterstützen.

× Rio de Janeiro. Der Kommandant und die Offiziere des großen Kreuzers „von der Tann“ sind dem Bundespräsidenten in einer Sonderaudienz von dem deutschen Gesandten empfangen worden. Die geplante Festlichkeit an Bord des Kreuzers infolge des Todes eines Seigers abgelehnt worden. Zehn Seiger von dem Kreuzer „Minas Geraes“ halten nachts an dem Entge des Seigers die Ehrenwache. Der Kreuzer „von der Tann“ wird von zahlreichen Besuchern besichtigt und bewundert.

Kleine vermischte Nachrichten.

Die Gewährung von Staatsbeihilfen für gewerbliche Fortbildungsinstitute soll nach der „Neuen Köln. Korresp.“ überall dort herabgemindert werden, wo günstige Steuererleichterungen die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht nachweisen. Bis zum Jahre 1915 wird ein Uebergangsstadium für solche Gemeinden eintreten, die trotz ihrer Leistungsfähigkeit bisher Staatsbeihilfen erhalten haben. In diesen Fällen werden die Beihilfen allmählich herabgemindert werden. — Der Landrat Dr. Schröder-Berleburg hat sein Verzehnjungsgesuch eingereicht. Statistisch ist ihm das nahegelegt worden, damit es nicht so aussehe, als habe es die Öffentlichkeit erzwungen. Es soll schon genehmigt sein. — Auf dem in Würden geplanten internationalen Weltkongress wird auch Deutschland vertreten sein. Bekanntlich haben sich vor einiger Zeit die deutschen Ärzte Göttingen, Wernke und Biermann über die Beihilfen nach dem Festgesetz begeben; sie werden auch an den Besprechungen in Würden teilnehmen. — Aus München wird berichtet: Der mit Gemein- und Verwaltung wegen Währungs des Thomaischen Artikels. Der hiesige Polizeikommissar „bereits bestrafte Rebeater des Oberbayerischen Schulinspektors, Lehrer Lohbrunner (Sandberg), ist nunmehr nachträglich auch seiner Funktion als Leiter der Bezirks-Lehrer-Konferenz entlassen worden. — Der Gemeinderat in Dessau richtete eine Petition an die Staatsregierung, beim Bundesrat für die Aufhebung des § 12 des Kleinfeldbesitzgesetzes einzutreten, als eines wirksamsten Mittels gegen die Zersplitterung.

Ausland.

Der österreichische Thronfolger und die englische Königskronung.

London, 18. März. Für den Erzherzog Franz Ferdinand, der bestimmt war, das kaiserliche Haus bei der Krönung König Georgs von England zu vertreten, wird kein Koffer, der Erzherzog Karl Franz Josef, allein in London eintreffen, um als Vertreter des Wiener Hofes zu fungieren.

Die Gründe des Mikritris des Erzherzog-Thronfolgers von der ihm übertragenen Mission sind am 14. noch nicht bekannt.

Dr. Jucker's Kohlenäurebäder mit dem Süssen sind nach dem neuesten Verfahren unter Leitung von Professor Dr. Jungmann und Dr. Wackerle-Berlin ein einseitiger vollwertiger Ersatz der Bäder in Nauheim, Kissingen ufo.

benanntgegeben worden, allein man weiß in der Umgebung des Thronfolgers darauf hin, daß es anlässlich des Todes König Eduards, bei welchem Franz Ferdinand als Vertreter des Kaisers Franz Josef fungierte, in London zu Bestimmungen kam, weil man es am Londoner Hofe abgelehnt habe, dem Wünsche des Erzherzogs entsprechend, seiner Gemahlin, der Fürstin in Sothenberg, Ehren zu erweisen, wie sie sonst nur Mitgliedern einer herrschenden Familie zukommen. Man meint nun, daß auch Erzherzog Franz Ferdinand es übel empfindet, daß man jetzt in London seiner Gemahlin beim Königzuge abermals nicht die Stellung einer Erzherzogin einräumen wollte.

Jedenfalls wird Oesterreich-Ungarn der einzige monarchische Staat sein, welcher bei der Krönung nicht durch den wahren Thronfolger vertreten sein wird, denn Erzherzog Karl Franz Josef kommt als Thronfolger erst in zweiter Linie, nämlich nach dem Tode des Erzherzogs Franz Ferdinand in Betracht.

Die mexikanischen Wirren.

* Aus San Antonio wird gemeldet: Die Tage gehen in verzehrender Ungewißheit dahin. Die Offiziere fragen die Zeitungslente nach dem wahren Zweck der Revolution. Die Hauptarbeit im Lager ist der Rekrutenbill. Generalinspektor Brigadegeneral E. M. Garza Linares ist nach Colofon abgereist; mit ihm reiste der deutsche Militärattache, der hier als mit ausgehender Aufmerksamkeits und Herlichkeit aufgenommen wird. Eine Viertelmillion Patronen sind umbehalten worden, gefandt worden. Hier sind jetzt 9000 Mann ankommen; mit den 1000 Mann der Garnison und 1500 Mann vom Grenzdistrikt beträgt die Stärke der Division nunmehr 11 500 Mann.

Provinzial-Nachrichten.

Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Helmstedt, 17. März. Die Bergarbeiter in der Helmstedter Kohlenmulde haben den Grubenverwaltungen einen Lohnkontrakt vorgelegt, in dem sie 20 Prozent Lohnerhöhung fordern. Es handelt sich um folgende Gruben: Braunschwelzische Kohlenwerke, Grube Viktoria bei Hertenstein, Parkier Kohlenwerke, Suedische Kohlenwerke und Norddeutsche Kohlenwerke.

Verbrechen?

Erfurt, 18. März. Der Fall des Arbeiters Stubenrauch, der am 28. Februar aufstehend von Verbrechen auf dem Johannesplatz schwerverletzt aufgefunden worden war, wird nunmehr von der Erfurter Staatsanwaltschaft mit folgender Bestimmung des ersten Staatsanwalts weiter verfolgt:

„Der Arbeiter und Lumpensammler Heinrich Stubenrauch, geboren am 17. April 1844 zu Dörnfeld, zuletzt in Erfurt, Augustinerstraße 21, wohnhaft, ist am 28. Februar 1911 gegen 24 Uhr nachmittags auf dem hiesigen, an der Nordhäuserbahn gelegenen Müllabladepark mit schweren Kopferzeugnissen bewußtlos aufgefunden worden. Er ist kurz nach der Mündung gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen besteht der Verdacht, daß der Tod des Stubenrauch auf strafbare Einwirkung dritter Personen zurückzuführen ist. Es wird erucht, Mitteilungen jeder Art über die Lebensweise, die Gewohnheiten und die Bekannten des Stubenrauch zu den Akten 4. S. 218/11 zu geben. Von besonderer Wichtigkeit sind Nachrichten darüber, mit welchen Personen Stubenrauch am 28. Februar 1911 zusammen gewesen ist.“

Der Major „S.“ bemerkt dazu: „Dabei ist diese Mitteilung vom 14. März 1911. Daß nach einem Zeitraum von 17 Tagen die Spuren eines Verbrechens schwerer aufzufinden sind, als unmittelbar nach der Tat, begreift sogar ein Laienverstand.“

Gemeinbau in den Kolonien.

Wigenhausen, 17. März. In der hiesigen Kolonialschule werden die Schüler und Schillerinnen jetzt in erster Linie in dem Aufbau von Gemeinbauten, da mit dem Gemeinbau in den Kolonien, hauptsächlich in Deutsch-Südwestafrika, gute Erfolge erzielt werden.

Steuererhöhung.

Sangerhausen, 18. März. Der Haushaltsetat unserer Stadt für das Rechnungsjahr 1909 schließt die Einnahme und Ausgabe mit 450 000 Mark ab. Der durch Steuern aufzubringende Fehlbetrag beträgt 306 041 Mark. Zu seiner Deckung sollen an Zuschlägen erhoben werden 205 Prozent zur Einkommensteuer gegen 200 Prozent im Vorjahre, 240 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer gegen 220 Prozent im Vorjahre, 100 Prozent zur Betriebssteuer.

Die Spielautomaten.

Weimar, 17. März. Vor einem Jahre wurden bei hiesigen Gastwirten etwa 80 Automaten konfisziert und gleichzeitig gegen die Beteiligten ein Verfahren wegen Fuldung von Glücksspielen eingeleitet. Nunmehr ist den Gastwirten durch die Staatsanwaltschaft die Mitteilung zugegangen, daß das Verfahren gegen sie eingestellt worden sei.

Erfurt, 17. März. (Von einem wildgewordenen Zuchtschillen) wurde im Stalle des „Gasthauses zum grünen Baum“ in Osthausen bei Erfurt die Frau des Gastwirts Faustiger beim Füttern niedergeworfen und mit den Hörnern derartig bearbeitet, daß für die Verletzte das Schlimmste zu befürchten ist.

Magdeburg, 17. März. (Von Straßenbahnwagen gestolet.) Der Rittergutsbesitzer Reinhard aus Groß-Ottensleben bei Magdeburg geriet beim Auspringen auf einen elektrischen Straßenbahnwagen unter die Räder des Anhängewagens. Er wurde überfahren und tödlich verlegt.

Zwickau, 16. März. (Der Polizeihund „Fritz“) Beim Gutsbesitzer Winter hier plündernde Diebe wiederholt die Kartoffeln. Der Beschädigte ließ sich den Polizeihund „Fritz“ von Halle kommen, und diesem vereinbarten Detektiv gelang es gestern nachmittags, dem Arbeiter B. vom Hornischen Gut zu helfen.

Wiesbaden, 17. März. (Von Industriegebäude) ist nunmehr der letzte Teil städtischer Bauplan abgetreten. Die Stadt hat das früher Dippel'sche Grundstück von Otto Jutz für 67 000 M. käuflich erworben und damit versichert, daß dort ein Samenpfeiler erbaut wird. Dabingegen übernimmt Jutz den Rest des Industriegebietes für rund 40 000 M. Die neben dem Dippel'schen Grundstück noch liegende Bauteile, die einen Wert von circa 7000 Mark repräsentieren, ist in den Kauf eingeschlossen und geht also mit in den Besitz der Stadt über. Am Verkauf des gesamten Industriegebietes ist der Stadt nach ungeläufiger Schätzung ein Gewinn von 45 000 M. zugefallen. Das ererbene Grundstück wird die Stadt nunmehr weiter vermarkten.

Gienberg, 17. März. (Ausforschung) Montag früh haben die Schmutzfabriken von Gebrüder Kämpfe und Schulz und Co. alle organisierten Arbeiter ausgesperrt. Ueber 400 Arbeiter müssen feiern.

Eisenach, 18. März. (Zur Verlängerung der Kleinbahn) Die Direktoren der Eisenbahn Kleinbahn hat eine Versammlung der Beiräte über Bahnstrecke Eisenach bis nach Kendorf, die schon wegen der hinter Kendorf liegenden Ortschaften Hildrothe, Kottenhirschbach ufo. rentabel erscheint, vorläufig abgelehnt, weil sie durch anderweitige Projekte engagiert ist. Sie will aber der Angelegenheit später näher treten.

Gotha, 18. März. (Selbstmord) Heute morgen hat sich in einem hiesigen im Innern der Stadt gelegenen Gasthof ein Fremder erschossen. Der Lebensmüde hat die Tat auf seinem Schlafzimmer ausgeführt. Aus einem Revolver hatte er zwei Schüsse auf sich abgefeuert, der eine traf ihn in den Kopf, der andere in die Brust. Es wurde festgestellt, daß der Erschossene ein aus Eisenach stammender Zimmermeister namens Sch. ist. In seinem Besitze fand man einige Briefe, die an seine Frau und andere Angehörige adressiert waren.

Muehlheim, 17. März. (Aus Furcht vor Strafe) Ein Schutzwärter entbedte unter einem Stapel alter Eisenbahnstücken ein 12 Jahre altes Schulmädchen, welches ganz erkrankt war. Der Wärter nahm das Mädchen mit in seine Wohnung, wo es sich erhobte. Es gab an, aus Furcht vor Strafe das Verbrechen gemacht zu haben, da es den Lehrer beleidigt habe.

Leipzig, 18. März. (Eisenbahnrevol.) In der Nacht zum Freitag ist in der Nähe des Modauer Rathauses auf der Strecke Modau—Thella von ruholer Hand ein ca. 1½ Zentner schwerer Stein auf die Eisenbahnstangen geworfen worden. Eine Lokomotive, die gestern früh die Strecke passierte, geriet rittmies den Stein, wodurch ein Eisenbahnstange glücklicherweise vermieben wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Gerichtsverhandlungen.

Ein unfreundlicher Teilnehmer.

München, 18. März. Wegen Beleidigung einer Telefonistin wurde ein Kaufmann, der die Telefonistin ein „Kind die“ nannte, weil sie ihm angeblich nicht sofort gelacht hatte, daß eine von ihm verlangte Anschlußnummer falsch sei, vom Schöffengericht zu fünf und zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt. Der Antragssteller hatte zehn Tage Gefängnis beantragt. Die vorgelegte Beweise hat auf Anseige der Telefonistin hin den Strafantrag gestiftet. Die Dame befand sich übrigens unter ihrem Eid, daß sie den Angeklagten gleich beim ersten Anruf die Auskunft gegeben habe, daß die betr. Nummer falsch sei.

Eisenach, 18. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die Maurerweibfrau G. aus Gollin in Thüringen, die das uneheliche Kind ihrer Tochter ertränkte und die Leiche verbrannte, wegen Totschlages zu acht Jahren Zuchthaus. Die Frage nach Mord wurde verneint.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Laßberg's Entlein. Roman von Fr. Lehne. (Fortf.) — Wenni komm' — wenni komm'. Von M. Tipp-München. — Käselede.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinckmann; für Ausland und Beste Nachrichten: Karl Meißner; Feuilleton, Vermischtes ufo.: Martin Feisthagen; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Bad Nauheim

Bekannt durch die Heilerfolge seiner Bäder bei:

Herzkrankheiten, Rheumatismus ::
Gicht, Skrofulose, Frauenkrankheiten, Nerven- und Rückenmarksleiden. ::

Saison: 16. April bis 15. Oktober.

Bäderabgabe das ganze Jahr.
1910: Kurgasse 33 302 Bäder 445 831.
Prospekte durch „Geschäfts-Zimmer Kurverwaltung“
Groszherzog-Karlsruhe.

Ritter

Pianoforte-Fabrik
Grosz. Stsch. Hof-Lieferant

Halle a./s.

Flügel

solideste Arbeit
grösste Zonshönheit
unübertroffene Preiswürdigkeit!

Pianos

Paul Schauseil & Co.

kommanditirt v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch u. Ellenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren,
ausländischen Banknoten
und Geldsorten.

Check-Conto-Corrent-Verkehr.
Wechsel-
Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Coupons etc

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).
Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore
(einzeln vermietbar).

G. H. Fischer, Bankgeschäft,

Halle a. S., Königsstrasse 2,
hält **mündelsichere Wertpapiere** und
andere erstklassige Effekten vorräthig.
— Scheck-, Konto-Korrent-, Wechsel-Verkehr. —
Vermietung feuer- u. diebesicherter
Schrankschließer (Safes).

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Herrnstr. 181.
Direkt.: Geh. Hofrat M. Richards

Sonntag, den 19. März
nachmittags 3 Uhr:
20. Fremden-Vorstellung zu
Gedächtnisfeier.
Mit der neuen szenischen
Ausstattung.

Tannhäuser
und
Der Sängerkrieg auf Wartburg.
Romantische Oper in 3 Akten von
Richard Wagner.

Abends 8 Uhr:
182. Vorstellung im Abonnement.
Novität! 2 Biele. Novität!
Zum 5. Male!

Glaube und Heimat.
Die Tragödie eines Volkes in
3 Akten von Karl Schönherr.

Vor und nach dem Theater
— die vortheilhafteste Küche —
— die edelsten Weine —
im **Weinhaus Broskowski.**

Licht-Spiele,
Neumarktstrasse,
Ecke Geiststrasse.



Der Liebling der Herrenwelt

ist ein **Ulster** aus
echtem englischen Honespun.
Für Schick und Eleganz massgebend sind
meine ausgestellten Modelle.
Spezialpreislagen: M. 66.— und 75.—.



Albert Drechsler Nachfolger

— Poststrasse 31 —
Herrn-Massgeschäft feinster Art.

Tel. 126.

Spar- und Vorschuss-Bank, A.-G.

Rathausstr. 4. zu Halle a. S. Fernspr. 103.
Annahme von Einlagen gegen tägliche Abhebung
und 3- oder 6 monatliche Kündigung.

Eröffnung von Scheck-Konten.

An- und Verkauf von Wertpapieren, Wechselverkehr.
Beleihung von Wertpapieren, Hypotheken, Waren etc.
Konto-Korrent-Verkehr. Gewährung von Baugeldern.
Ausstellung von Wechseln, Checks und Kreditbriefen auf alle in- und
ausländischen Hauptplätze. Vermittlung von Zahlungen.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Dokumenten etc. und
alle damit verbundenen Leistungen.

Entgegennahme und Verwahrung verschlossener
Depots, besonders während der Reisezeit.
Einlösung sämtlicher Coupons, Dividendenscheine, verl. Effekten etc.
Verkaufsstelle von Pfandbriefen der

Deutschen Hypothekbank, Meiningen

und anderer erster Hypothekbanken.
Die am 1. April 1911 fälligen Coupons werden an
unserer Kasse eingelöst.

Spar- und Vorschuss-Bank zu Halle a. S.

Städtisches Eisenmoorbad Schmiedeberg
Bez. Halle.
für Gicht, Rheumatismus, Frauen- u. Nervenleiden.
Prospekte durch den Kurort.

Bad Schmiedeberg, Bez. Halle, Villa Steinert.
bietet an der Badeanstalt, die besten Zimmer mit Bädern und
schönem Garten, Pension, möblierte Pensionen am Bahnhof.
Besitzer Ernst Steinerts Wwe. Autoduppen.

Bad Harzburg, Villa Hohenaus, Ambergstr. 29.
Benannt Clara Harzburger.
Anfang April finden in meiner in schöner Lage Harzburgs
befindlichen Pension junge Mädchen und Kinder (Knaben
6-14 Jahren) in beschränkter Anzahl Aufnahme zur Er-
holung, Auszubildung, auf mässige u. häusl. Gebiete:
Musik - Gartenarbeit u. im Orte des Adersfelds, Pro-
gymnasium, höh. Bürgerschule, Fortbildungsschule.
Prospekte und Notizen zur Verfügung.

Mühlhausen in Thüringen.
Ehemalige Reichsstadt mit über 35000 Einwohnern, in landschaftlich reizvoller Lage am Fuße des Hainichwaldes (elektrische Bahn bis in den Wald). Besteht aus Verbindung nach dem Berta-
tals und den schönsten Bädern des Thüringer Hochs, Gornau, Oberweißbach, höhere Mädchen- u. Königliches Lehrerseminar mit Präparandenanstalt. Kleine Klassen, billige Pensionen für Schüler u. Schülerinnen, billige Wohnungen u. Lebensverhältnisse. Ausflüge durch den Magistat und die Direktoren der Schulen.

Königl. Bad Schlammfelder, bei Hannover
Rheumatismus, Hautkrankheiten, Gicht
Schlammfelder, bei Hannover
Stärkste Schwefelbäder, Sodbäder, Inhalationen, Zanderbad
Schöne Lage am Deistergebirge

Sanatorium Walsburg
bei Stegastadt in Thüringen herrlich gelegen, bestens eingerichtete Kuranstalt für Nerven-, Erholungsbedürftige, Brustkranke, Magen-, Darmleidende, Blüthen- u. Blute-
Empfehlungen. Prospekte durch die Besitzer u. leitenden Aerzte Dr. Müller u. Dr. Böckel, oder die Kurverwaltung.

Bad Sooden Werra
Größtes Inhalatorium Deutschlands
Radio-activ
heilt:
Beschwerden der Atmungsorgane, Herzleiden, Blutarmut, Frauenkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, Skrofulose, Rachitis.
Nadel- und Laubwald in unmittelbarer Nähe.
Auch als Ruhestätte vorzüglich geeignet!
Ausflüge und Besuche durch die Filialen Rudolf Mosse und die Badeverwaltung 41

Bad Nauheim Prince of Wales Hotel
(Stoessel & Exner)
Internationales, vornehmstes und ruhig gelegenes Haus nächst d. Böhren u. Park. 1910 gänzlich neu angelegt. Jeder moderne Comfort. Dampfheizung überall. Offen vom 1. März bis 1. Dezember.

Schenswort!
Ein Brand in Moskau.
Eines Verbrechens Aufspürung.
Der Teufel Lionell,
sowie das übrige dezente Programm.

Zentralheizungen Dicker & Werneburg
älteste holländische Zentralheizungs-Firma.
Hundert von Anlagen im Betrieb.
Referenzenliste zu Diensten.

Wratzke & Steiger
Juwelen. ♦ Halle a. S.

Original Remington-„Wahl“ Schreibmaschine
gleichzeitig
Sie schreibt Sie addirt
oder subtrahirt
Prospekte auf Wunsch - Vertretung kostenlos!
Glogowski & Co.
Hollieferanten
Leipzig, Markgrafenstr. 8.
Tel. Nr. 7099.

Egr. Sachs.
Technikum Mittweida
Direktor: Professor Holt.
Höhere technische Lehranstalt für Elektro- u. Maschinen-technik. Sonderabteilung für Ingenieur-, Techniker u. Werkmeister. Mikroskop- u. Masch.-Laboratorien. Lehrfabrik-Veranstaltungen. Höchste bisherige Jahresthemen: 3500 Bewerber. Programm etc. kostenlos. v. Sekretariat

Elektro-Heizungen, England.
rechtsgültige in England. Gebrüder G. Wratzke, ic. 50 Wt. Brock's London, E.C. Queenstr. 60.

Ella Thies-bachmann Halle a. S., Goethestrasse 80
Konzertsängerin, Gesanglehrerin.
Nur gründliche Tonbildung. — Vollständige Ausbildung für Konzert und Oper. — Glänzende Zeugnisse a. m. Lehrtätigkeit.
Spezialität: Heilung vererbeter Stimmen.

Schweiz BEX-BES-BAINS Rhodetal
Bains & Grand Hôtel des Salines
Eröffnung der Saison 1911: 1. April.
Herrlicher Frühling-Aufenthalt. Grosser schattiger Park — Tennis — Zentralheizung. Sodbäder — Naturquelle und Mutterlauge — Hydrotherapie — Fango von Battaglia — Kohlensäurehaltige Bäder wie Nauheim. Elektr. Lichtbäder. — Mässige Preise. G. Heinrich, Direktor.

Patentanwalt Eyck,
Leipzigerstr. 55. Halle a. S. Tel. 3457.

Halle a. S. Alwin Tietz
Reifnerstr. 43b. Fernsprecher 565.
Metallguss in allen Legierungen, beste Marke für höchsten Druck und Tourenzahl. 1906 Armaturen, selbstgefertigt, stets gross. Lager. Alle Reparaturen schnell, sauber, billigst.

Elektrische Anlagen
jeder Art und Grösse.
K. Rast, Halle a. S., Geilstr. 28, Tel. 169.

Gebrüder Baensch,
Dölen bei Halle S.
Hof- u. Eisen-Station Herrnsr. Halle 1137.
Geschäftsgründung 1872.
Schamottefabrikate
für alle gewerblichen Zwecke, in hochfeuerfesten, hochschmelzenden und säurefesten Qualitäten.
Schamottemörtel u. Feuerzement
fertig zum Gebrauch.
Stampfkaolin für Eisengussereien.
Kaolin- und Ton-Gruben.

Abonnements auf Telephon-Dauer-Desinfektion
der Teilnehmerapparate u. Nebenanschlüsse mit „Nerotel“, nach-
geprüft als absolut todtlicher Desinfektionsmittel für Sprachrohr,
Fernsprecher u. Bell, absolut schädlicher gegen ansteckende Krank-
heiten von Mund, Nase u. Ohr, vollständig säurefest u. geruchlos
als alle Telephon-Desinfektionsmittel.
General-Vertrieb u. Alleinvertrieb: F. D. Kaiser, Ober-Postdirektion
Leipzig, Grosse Poststr. 2, a. Brandesplatz.
Warnung vor minderwertigen Anpreisungen!
Erste Telephon-Dauer-Desinfektions-Anstalt.
Geöffnet, mit Alleinvertrieb, 1. einzige Stadt hierin zu vergebend.